



Presseinformation

Nr. 071/2010

Kiel, Donnerstag, 25. Februar 2010

Sperrfrist: Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Gesundheit / Medizinische Versorgung

Anita Klahn: Wir benötigen eine flexiblere Planung

In ihrer Rede zu **TOP 30** (Flächendeckende hausärztliche Versorgung sicher stellen) sagte die gesundheitspolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, **Anita Klahn**:

„Mit unserem heutigen Antrag wollen wir auf ein aktuelles Problem in unserem Land hinweisen: In Schleswig-Holstein wird es in naher Zukunft einen erheblichen Mangel an Hausärzten beziehungsweise Allgemeinmediziner*innen geben. Schon heute beklagen sich nicht nur im ländlichen Raum Patienten über volle Wartezimmer. Schon heute kann im ländlichen Raum festgestellt werden, dass keine hundertprozentige Versorgung mit allgemeinmedizinischen Praxen gewährleistet werden kann.

Angesichts der demografischen Entwicklung sind Rückgänge von ausgebildeten Ärzten im hausärztlichen Bereich mehr als absehbar. In vielen Fachgebieten sind eine Überalterung der Ärzteschaft und die sich daraus verschärfenden Nachwuchsprobleme bereits erkennbar.

Zusätzlich führen unattraktive finanzielle Rahmenbedingungen im Gesundheitswesen dazu, dass gut ausgebildete Ärzte das Land verlassen. Auch die dadurch entstehende Lücke in der ärztlichen Versorgung ist, neben dem volkswirtschaftlichen, ein erheblicher Schaden.

Wenn also zukünftig der Landarzt nicht nur noch als TV-Star zu den Menschen ins Haus kommen soll, müssen wir jetzt handeln.

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Katharina Loedige, MdL
Stellvertretende Vorsitzende

Günther Hildebrand, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Wir müssen Vorkehrungen treffen, um die ärztliche Versorgung in Zukunft an den tatsächlichen Bedürfnissen der Menschen in Schleswig-Holstein auszurichten.

Wie aber müssen die Rahmenbedingungen, Leistungen und Versorgungsformen modifiziert werden, um diesem Problem des demografischen Wandels Rechnung zu tragen? Die bestehende Fachkompetenz in der Selbstverwaltung und den entsprechenden Verbänden muss hier genutzt werden, um neue Lösungswege aufzuzeigen. Die Politik muss helfen, dies mit auf den Weg zu bringen.

Mit unserem Antrag fordern wir die Landesregierung deshalb zu einem umfassenden Handlungspaket auf. Zum einen ist es unabdingbar, die Ausbildung von jungen Medizinern zum Facharzt für Allgemeinmedizin in unserem Land zu fördern. Es müssen Lösungswege gefunden werden, damit unter anderem die Entlohnung für werdende Allgemeinmediziner attraktiver gestaltet wird. Nach abgeschlossener Ausbildung muss das Land Anreize schaffen, damit sich junge Mediziner im ländlichen Raum niederlassen und auch eine Perspektive haben.

Aus liberaler Sicht ist es ein Unding, dass die heutige Planung zur ärztlichen Versorgung auf einer Momentaufnahme aus dem Jahr 1993 basiert. Konkret bedeutet das, wo 1993 beispielsweise ein Arzt etabliert war, gibt es ihn heute – 2010 – immer noch. Nicht mehr, nicht weniger. Mit der jetzigen Bedarfsplanung wird nicht überprüft, ob eine Region dem niedergelassenen Arzt noch ausreichend Patienten bietet. Es bleibt unberücksichtigt, ob und wie sich eine Region verändert hat, z. B. durch Neubaugebiete mit jungen Familien oder durch die Entstehung von Seniorenwohnanlagen. Eine Region verändert sich aber auch gravierend, wenn durch firmenpolitische Entscheidungen Arbeitsplätze wegfallen oder neue geschaffen werden. In der vom gemeinsamen Bundesausschuss verabschiedeten Richtlinie wird die Bedarfsplanung über eine Arzt-Einwohner-Verhältniszahl geregelt. Diese bildet aber schon lange nicht mehr den Versorgungsbedarf einer älter werdenden Bevölkerung ab. Dies gilt auch für die Festlegung der Planungsbereiche. Erster Ansatzpunkt muss daher sein, dies zu ändern. Wir brauchen kleinere Planungsräume! Die FDP wird sich in Zusammenarbeit mit der Selbstverwaltung - denn ohne die Selbstverwaltung geht es nicht - dafür stark machen.

Die herrschende unsolide Planwirtschaft, der absolute Zentralismus, der früher von roten Ministerien gepflegt wurde, führt immer häufiger dazu, dass kaum noch Ärzte in den ländlichen Regionen eine Praxis übernehmen. Das führt im Flächenland Schleswig-Holstein dazu, dass gerade ältere Menschen immer längere Wege bewältigen müssen, bei immer schlechterer Infrastruktur im ÖPNV, um zu ihrem Arzt zu kommen.

Schleswig-Holstein mit seinem hohen gesundheitspolitischen Anspruch, muss angesichts der drohenden ärztlichen Unterversorgung im ländlichen Raum dringend ein flexibleres und in Bezug auf die unterschiedlichen örtlichen Gegebenheiten differenziertes Planungsinstrumentarium erhalten.“